

Gabi Dolff-Bonekämper, Hans-Rudolf Meier,
Stephanie Herold, Wolfram Höhne,
Nikolai Roskamm, Daniela Spiegel (Hg.)

IDENTITÄT

UND

ERBE

*Konzepte
Konflikte
Konstruktionen*

SCHWABE VERLAG

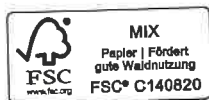


**Gabi Dolff-Bonekämper, Hans-Rudolf Meier,
Stephanie Herold, Wolfram Höhne,
Nikolai Roskamm und Daniela Spiegel (Hg.)**

Identität und Erbe

Konzepte, Konflikte, Konstruktionen

Schwabe Verlag



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Schwabe Verlag Berlin GmbH
Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk einschließlich seiner Teile darf ohne schriftliche
Genehmigung des Verlages in keiner Form reproduziert oder elektronisch verarbeitet, vervielfältigt,
zugänglich gemacht oder verbreitet werden. Der Verlag behält sich das Text- und Data-Mining
nach § 44b UrhG vor. Die Verwendung des Inhalts zum Zwecke der Entwicklung oder des Trainings
von KI-Systemen ist ohne Zustimmung des Verlags untersagt.

Korrektur: Ute Wielandt, Markersdorf
Cover: icona basel gmbh, Basel
Layout: icona basel gmbh, Basel
Satz: mittelstadt 21, Vogtsburg-Burkheim
Druck: Prime Rate Kft., Budapest
Printed in the EU
Herstellerinformation: Schwabe Verlag GmbH, Marienstraße 28, D-10117 Berlin,
info@schwabeverlag.de
ISBN Printausgabe 978-3-7574-0161-0
ISBN eBook (PDF) 978-3-7574-0162-7
DOI 10.31267/978-3-7574-0162-7
Das eBook ist seitenidentisch mit der gedruckten Ausgabe und erlaubt Volltextsuche.
Zudem sind Inhaltsverzeichnis und Überschriften verlinkt.

rights@schwabeverlag.de
www.schwabeverlag.de

*Gabi Dolff-Bonekämper, Stephanie Herold, Wolfram Höhne,
Hans-Rudolf Meier, Nikolai Roskamm, Daniela Spiegel*
Identität und Erbe. Konzepte, Konflikte, Konstruktionen – Einleitung .. 7

Konzepte

Gabu Heindl
Kritisches Erben anhand der konkreten Utopie Rotes Wien 27

Stephanie Herold
Erbe als Prozess – Prozess als Erbe 41

Hans-Rudolf Meier
Die Denkmalpflege in der Identitäts-Falle? 55

Nikolai Roskamm
Die europäische Stadt. Heimsuchungen und Identität 71

Gerhard Vinken
Machtvolle Logiken der Essentialisierung – Identitätskonstruktionen,
«Selbstbestimmung» und kulturelles Erbe 85

Mirjam Wenzel
Jüdisches Kulturerbe – Jüdische Identität – Jüdische Gegenwart 99

Konflikte

Ariella Aïsha Azoulay
Zwischen der Erfahrung europäischer Juden und der Unsrigen.
Brief an Hannah Arendt 121

Gabi Dolff-Bonekämper
Ost-West-Ost. Berliner Identitäts- und Erbekonflikte 161

Wolfram Höhne
Kulturerbe aktualisieren? Überlegungen zur künstlerischen Arbeit
mit Denkmälern 177

<i>Monica Juneja</i> Das Nachleben der Vergangenheit. Umstrittene Erinnerungen an das architektonische Erbe im postkolonialen Indien	191
<i>Winfried Speitkamp</i> Kulturerbe und Antisemitismus. Die Documenta in Kassel und die Passionsspiele in Oberammergau	207
Konstruktionen	
<i>Knut Ebeling</i> Das Gedächtnis brennt. Identität, Erbe und Trauma in Alain Resnais' <i>Muriel</i>	233
<i>Jerzy Elżanowski</i> Warschau und	251
<i>Susanne Hauser</i> Zum Klimawandel. Neue Narrative für alte Städte	269
<i>Daniela Spiegel</i> Bist du Bauhaus? Die Bauhaus-Universität und ihr historisches Erbe ...	283
<i>Sophie Stackmann</i> Das Bundesbüchchen. Über Metaphern, Verdrängung und Abwehr im Erbe der Bonner Republik	301
<i>Janna Vogl</i> Gibt es ein Erbe ohne Gedächtnis? Erbe und soziale Ungleichheit	319
<i>Daniela Zupan</i> A Memory of Power Extended Over Time – a Memory of Power Extended Over Space? Gedanken zur «europäischen Stadt» und zur «russischen Dorfkommune»	331
Anhang	
Am Graduiertenkolleg verfasste Forschungsarbeiten und Publikationen	349
Autor*innenverzeichnis	355
Abbildungsnachweis	361

Identität und Erbe. Konzepte, Konflikte, Konstruktionen

Einleitung

*Gabi Dolff-Bonekämper, Stephanie Herold, Wolfram Höhne,
Hans-Rudolf Meier, Nikolai Roskamm, Daniela Spiegel*

Identität und Erbe: Begriffe und Grundidee des Graduiertenkollegs

Identitäts- und Erbekonstruktionen, die auf Bauwerken, historischen Orten und anderen, hauptsächlich dinglichen, kulturellen Überlieferungen gründen, kritisch zu erforschen, war die Grundidee unseres Graduiertenkollegs, dessen Vorbereitungen Gabi Dolff-Bonekämper und Hans-Rudolf Meier 2011 mit einer Tagung an der TU Berlin begannen.¹ Gefragt werden sollte nach dem Zusammenhang zwischen dem Affirmationsbedarf von Gemeinwesen und der Aneignung von Kulturerbe, das für Geschichts- und Identitätspolitik mobilisiert wird, und es galt, das Gesamtkonzept von kulturerbebasierten Identitätskonstruktionen zu untersuchen. Die zu erforschenden Objekte verstanden und verstehen wir als Medien von gestaltbaren und in Raum, Zeit und Gesellschaft beweglichen Bindungen zwischen Erben und Geerbtem. Dabei sind historisches Material, Formgebung und historische Sinngebungen sowie die gegenwärtigen Aushandlungsprozesse zu Interpretation und Wert des Erbes nicht von der materiellen und historischen Grundlage zu lösen.

Mit dem Titel «Identität und Erbe» – nicht «Identität und Denkmal» – haben wir für das Graduiertenkolleg Weichen gestellt. Wir wollten dazu einladen, nicht nur geschützte oder noch zu schützende Denkmale, deren Form und Substanz, Wert und Pflege, Schutz und Würdigung uns durchaus am Herzen liegen, zu bearbeiten, sondern durch die Wahl des Begriffs «Erbe» materiell und methodisch deutlich weiter auszugreifen. Erbe ist nicht nach dem Vorbild amtlicher, in Denkmalschutzgesetzen formulierter formaler Kriterien zu bestimmen. Es wird vielmehr, ob als Gut oder als Wert, in sozialen Denk- und Handlungsrahmen aufeinander folgender Generationen fassbar sowie sach-

Kritisches Erben anhand der konkreten Utopie Rotes Wien

Gabu Heindl

«Ein Erbe versammelt sich niemals, es ist niemals eins mit sich selbst. [...] Man muß filtern, sieben, kritisieren, man muß aussuchen unter den verschiedenen Möglichkeiten, die derselben Verfügung innewohnen.»¹

«FUNDED BY: PROPERTY RATES» ist auf dem Foto eines Walzenzugs gedruckt, ebenso wie «NANSANA MUNICIPAL COUNTY», der Name einer kleinen Stadt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Kampala, der Hauptstadt von Uganda.² Dieser Hinweis auf eine öffentliche Finanzierung durch die Grundsteuer in Uganda soll uns hier zur Frage eines in der Gegenwart kritisch erneuerten Erbes hinführen, auf die dieser Text abzielt.

Denn diese auf einem Fahrzeug der städtischen Verwaltung gut sichtbare Vermittlung des Zwecks, zu dem eine Steuer eingesetzt wird, erinnert frappant an einen historischen Schriftzug, der im öffentlichen Raum der Stadt Wien



Abb. 1 «Funded by: Property rates»/«Finanziert durch die Grundsteuer» als Inschrift auf dem Infrastruktur-Fahrzeug der Stadt Nansana in Uganda.



Abb. 2 Schriftzug auf Gall-Hof, Wohnbau des Roten Wien.

noch vielfach lesbar ist, allerdings aus Gewohnheit kaum mehr wahrgenommen wird. Der Wiener Schriftzug beschreibt ein Erbe von vor rund 100 Jahren: «Erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924 und 1925 aus den Mitteln der Wohnbausteuer» steht heute noch in roten Buchstaben auf den Fassaden des Gall-Hofs sowie auch bis heute auf beinahe allen weiteren Gemeindebauten der Ära des Roten Wien (1919–1934).

Die Buchstaben verkünden stolz eine damals aus Steuern finanzierte Aufbauleistung. An diesen Aufschriften, die keineswegs technischen Charakter haben, liest sich für uns einiges überraschend: etwa der ausdrückliche Hinweis auf die rasche Erreichung hochgesteckter Planungsziele und der Stolz auf vorhandene Mittel. Besonders markant aus heutiger Sicht ist das öffentliche Anschreiben einer Steuer. Die Wiener Wohnbausteuer war eine vom Bürgertum vehement bekämpfte progressive Steuer, die als Teil einer Reihe von Luxussteuern gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten umverteilt. Anders als bei Wohnbeihilfen heute, ging es damals aber nicht um finanzielle Unterstützung an Einzelpersonen oder Einzelhaushalte, um ihnen zu ermöglichen, ihre belastend hohen Privatwohnungsmieten zu begleichen; vielmehr flossen die umverteilten Gelder in die Errichtung von kommunalen Wohnbauten, in denen auch gegenwärtig noch für relativ niedrige Mieten ge-

wohnt werden kann (und deren Mieterträge öffentlich bleiben). Können wir uns heute eine Regierung vorstellen, die ähnliche Umverteilungsmaßnahmen in der nahen Zukunft entwickelt und diese – ob Steuern oder Enteignungsstrategien – stolz auf z. B. vormals leerstehende Häuser schreibt, die durch die genannten Mittel umgenutzt wurden? Welche Inschriften wären auf dem vergesellschafteten Wohnbau der Zukunft zu lesen?

64.000 Wohnungen für die Arbeiter*innenklasse zu errichten sowie Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Waschküchen und Parks, das war für das Rote Wien möglich aufgrund der 1922 erlangten Steuerhoheit – und eben der genannten Steuer. Aber auch aufgrund einer historischen Situation: ein guter Mieter*innenschutz (noch aus dem Ersten Weltkrieg: Mietzinsstopp und Einschränkung des Kündigungsrechtes) verleidete damals Privatinvestoren die Bautätigkeit. Es war quasi unmöglich, mit der Wohnungsnot anderer großen Profit zu machen. Der Austromarxist Friedrich Adler sah in solchem Mieter*innenschutz einen erheblichen Angriff gegen den Privatkapitalismus. Zusätzlich ermöglichte das «Wohnungsanforderungsgesetz» der Stadt, nicht genutzte Wohnsitze an Wohnungsnotleidende weiterzugeben.³ Die Wirkung war groß: Nicht nur hatten Mieter*innen Wohnsicherheit, die Schutzmaßnahmen ließen auch private Spekulation mit Wohnbauten und mit Grund und Boden zurückgehen, die auf privaten Profit ausgerichtete Bautätigkeit wurde geringer. Auch die Bodenpreise sanken – was für das kommunale Wohnbauprogramm gute Bedingungen schaffte.

Von dieser kommunalen Aktivität wäre heute einiges zu beerben in Hinblick auf die aktuelle Wohnbausituation – etwa als Motivation, bestehende Leerstandsflächen für Wohnraum zur Nutzung zu bringen, ebenso wie nicht bewohnte Wohnräume bis hin zu Mehrfachwohnsitzen. Wenn ich davon spreche, das Rote Wien zu beerben, meine ich ein kritisches Erben. Es geht nicht darum, ein integrales politisches Konzept aus der Vergangenheit zu übernehmen, sondern ein kritisches Verhältnis zu politischen Strategien in der Geschichte zu bestimmen: ein Verhältnis, das wir heute sinnvollerweise eingehen können – in heutigen Stadtkonflikten und in Hinblick auf Alternativen für die Zukunft. So sollten die Inschriften des Roten Wien als eine Praxis verstanden werden, an die sich anknüpfen lässt. Sie sind als Forderung reaktivierbar. Sie stehen anhand einer Situation der gesellschaftlichen Konflikt- austragung für etwas, das in der Geschichte politisch anders war. Und damit



Abb. 3 Schriftzug inspiriert vom Roten Wien.

halten sie, gerade in unseren gegenwärtigen «alternativlosen» TINA (There is no alternative)-Verhältnissen, fest, dass es auch heute und in Zukunft anders sein kann. Das «Erbaut von der Gemeinde Wien» verweist auf das Konzept von Kommunalität. Der Hinweis auf die Wohnbausteuer steht als eine Errungenschaft, als etwas Durchgesetztes, er steht als ein Sieg in einem politischen Konflikt bis heute groß im Raum. Das lässt sich reaktivieren und re-artikulieren im Kontext heutiger umverteilungspolitischer Konflikt-Ziel-Setzungen, in Sachen Steuern, neue Organisationsformen und vieles mehr. Eine solche Re-artikulation stellt die Forderung der Initiative *Deutsche Wohnen Enteignen* in Berlin dar: nämlich nicht nur finanzialisierten Wohnraum zu vergesellschaften, sondern diesen in die Organisationsform einer Agentur öffentlichen Rechts zu überführen, also die Verwaltung des vorgesehen vergesellschafteten Wohnraums als genuin öffentliche Aufgabe zu reaktivieren.

Ein hegemoniepolitisch angeleiteter Blick auf die Geschichte und das Vermächtnis historischer Errungenschaften wie das Rote Wien fordert ein *kritisches Erben*, ein selektives, differenzierendes Verhältnis zu eben dieser Geschichte – sie nicht als großartig und vollständig gelungen hinzustellen und nicht alles in Kauf zu nehmen, was die jeweilige Geschichte auch an politischem Problembezug mit sich bringt.

Maßgeblich für kritisches Erben ist meines Erachtens die Art und Weise, die Jacques Derrida vorgeschlagen hat, mit dem Erbe des Kommunismus und der marxistischen Theorie umzugehen. In Bezug auf das Erbe des Marxismus nach 1989 spricht Derrida vom «Erben als Aufgabe», und das heißt: «aus[zu] suchen unter den verschiedenen Möglichkeiten, die derselben Verfügung innewohnen.» Das heißt, das Erbe so radikal wie nötig zu verändern, zu filtern, «eher das eine als das andere davon zu bewahren.»⁴ Das kritische Erben richtet sich also auf Momente einer historischen Konstellation, die erkennen lassen, dass gleichsam noch mehr möglich gewesen wäre, noch mehr an demokratischer Ermächtigung und Egalität, als in der jeweiligen Gegenwart, die heute eine Vergangenheit ist, realisiert werden konnte. Diese lesbar zu machenden Potentiale ähneln jenen *Lost Futures*, die der Essayist Mark Fisher am britischen Sozialstaat der 1970er Jahre und seinen Institutionen betrauert hat. Fishers Trauer gilt nicht den faktisch verwirklichten Formen eines zentralistischen, rationalistischen Wohlfahrtsstaats (und seiner Kulturversorgung), sondern den Möglichkeiten und Zukünften, die in genau dieser vergangenen Gegenwart enthalten waren und die durch den neoliberalen Backlash mit verunmöglicht wurden.⁵ Und das sind Möglichkeiten und Zukünfte, in denen der eng zugeschnittene sozialstaatliche Rahmen sich selbst hätte überschreiten können. Es geht darum, an einem sozialstaatlichen Projekt und über dessen Vorstellungen von «Normal-Subjekten» hinaus Spielräume freizulegen und starkzumachen – für antirassistische, feministische und LGBTQ-Kämpfe, für radikaldemokratische Ermächtigungen.

Bezogen auf Fragen des Wohnens heißt das: Alternativen zur neoliberalen Finanzialisierung von Wohnbau, eine neue Planungskultur von Re-Use und Umbau (statt Neubau) sowie die Stärkung der Selbstverwaltungsimpulse von Bewegungen populärer Agency. Dabei ist es wichtig, dass Kritik niemals nur eine negative, aburteilende Tätigkeit ist. Mark Terkessidis etwa gibt zu verstehen, dass Kritik sehr viel zu tun hat mit der Erneuerung, Wartung und Instandsetzung von dem, was man hochschätzt und dessen Ermöglichung ein Anliegen ist.⁶ Das Rote Wien wirkt heute wie Utopie, ist aber ein realisiertes Projekt, eine politische Wirklichkeit mit utopischen Zügen. Dieses Projekt verdient es, als eine solche Wirklichkeit radikal und radikaldemokratisch kritisiert und in Hinblick auf die Zukunft kritisch neu formuliert zu werden.

Die austromarxistische Wohnbaupolitik des Roten Wiens war den politischen Gegner*innen ein Dorn im Auge und wurde abwertend «Wohnungs-

bolschewismus»⁷ genannt. Aufschlussreicher für unsere Perspektive aber ist die damalige Kritik von links, aus den Reihen des Austromarxismus selbst. Zu nennen ist etwa 1927 der Einspruch des linkssozialistischen Partei-Intellektuellen Max Adler: «Häuserbauen, Fürsorge und Schulreform» seien zwar wichtig, aber keineswegs revolutionäre Arbeit. Das Rote Wien habe Besitzverhältnisse in der Produktion nicht grundlegend verändert. Für Max Adler ist das Rote Wien somit ein rein reformistisches Projekt, das eben hinter den (maximalistischen) Zielsetzungen eines revolutionären Marxismus zurückbleibt – in Adlers Worten: ein Projekt, das «nicht herausführt aus der Klassengesellschaft.»⁸ Das günstige Wohnen – die Miete für eine Gemeindebauwohnung belief sich auf heute schlicht unglaubliche vier bis acht Prozent der damaligen Gehälter – ermöglichte es, niedrige Löhne zu zahlen. Statt systemischer Änderungen im Produktionssektor zielte die reformistische Politik durch Wohnbau auf Verringerung der Belastung der Arbeiter*innen, wodurch auch die Löhne gering bleiben konnten. Und auch unbezahlte Arbeit von Frauen im Haushalt war damals (wie heute) ein zusätzlicher Faktor dafür, dass die Löhne der zumeist männlichen Arbeiter niedrig bleiben konnten. Die marginalisierte, unsichtbare Arbeit von Frauen war also entscheidend als ein stabilisierender Faktor im Roten Wien.

Anders als etwa im Neuen Frankfurt fehlte dem Roten Wien eine Politik der Enteignung, die eine wirklich raumpolitische Verortung der Wohnbauten ermöglicht hätte. Die Wiener sozialdemokratische Standort-Wahl hatte zwar konfliktpolitische Züge (exemplarisch: Bau des Karl-Marx-Hofs im tiefbürgerlichen Bezirk Döbling), musste sich aber pragmatisch an die Verfügbarkeit von Grundstücken anpassen. So blieb die Stadtentwicklung weiterhin durch die Eigentumsverhältnisse bestimmt. Das Rote Wien hat keinen umfassenden Gegenplan zur kapitalistischen Stadt entwickelt. Eher wurde der Wohnbau zum Arbeitsbeschaffungsprogramm und zum Motor der Ankurbelung der lokalen Wirtschaft.

Das erklärt auch die Wahl von Ziegel als bevorzugtem Material und damit die bis heute erkennbare pragmatische Ästhetik der Wohnbauten des Roten Wien. Ziegel war Baumaterial und Ornament zugleich, ganz im Unterschied etwa zu den weißen Putzfassaden der Neuen Sachlichkeit in Frankfurt. Ziegelfassaden entsprachen damals nicht den Vorstellungen einer fortschrittsorientierten Moderne,⁹ allerdings kamen sie einer Bauweise entgegen, die die Arbeiter*innen vor Ort in Wien beherrschten. Es waren genau diese Arbei-

ter*innen – die «Ziegelbehm» (Ziegelarbeiter aus Böhmen), «Maltaweiber» (Mörtelmischerinnen) und «Sandler» (Sandmischer), deren Ausbeutung durch die Wienerberger Ziegelfabrik- und Baugesellschaft im Jahr 1888 zur Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und deren ersten Erfolgen beigetragen hatte. Die Ästhetik des Backsteins und der Klinkerfassaden wurde im Roten Wien zur Ästhetik der Arbeiter*innenbewegung. Für das Wohnbauprogramm stellte die Ziegelindustrie qualifizierte und, durch die Mietpreispolitik des Roten Wien, niedrig entlohnbare Bauarbeiter*innen bereit. Aktive Einbeziehung lokaler Materialien und Bauweisen sowie die daraus resultierende, von der internationalen Moderne abweichende Ästhetik stellte letztlich ein ausgeprägtes kontextsensitives, situiertes Moment von Politik dar. Und das ist mit ein Grund für das Interesse am Roten Wien – heute, aber auch schon in den modernisierung-skeptischen 1970ern, im Kontext der Suche nach Alternativen zur Masterplan-Moderne.

Laut Manfredo Tafuris Kritik von 1985 waren Ästhetik und Wohnungsgrundrisse der Bauten kleinbürgerlich: Das Rote Wien hat nach Tafuri mit Biedermeier-Werten eine Harmonisierung betrieben, wo die gesellschaftliche Wirklichkeit eigentlich disharmonisch und klassenantagonistisch gewesen ist. Wo hingegen den Arbeiter*innen ein neues und stabiles Zuhause geschaffen werde, so Tafuris Einschätzung, sei kein Platz mehr für Utopie. Seine Kritik identifiziert zwei Formen von Realismus: einen «Realismus der Vertrautheit» in Hofbauten wie dem George-Washington-Hof und einen «epischen und monumentalen Realismus», für den der Karl-Marx-Hof steht – der einen «Wohnkomplex» als ein «kollektives Ich» in heroischer Opposition zur falsch geordneten Welt darstellt.¹⁰ Aus einer Gegenwartsperspektive heraus lässt sich dieser Kritik entgegenhalten, dass – selbst wenn wir mit Tafuri übereinstimmen und zugestehen, dass die Wohnhöfe des Roten Wien in sich etwas Harmonisierendes verkörpern – sie doch auf der Ebene der Gesamtgesellschaft der Stadt Wien etwas Disharmonisches darstellen, weil sie häufig einen Fremdkörper proletarischer Macht in bürgerlichen Wohnumgebungen implementieren. Ganz so ausgemacht ist es zudem nicht, dass eine marxistische oder anders konfliktbewusste und herrschaftskritische Sichtweise auf die Gesellschaft sich absolut nicht mit der Rede von Zuhause oder von Heimat verträgt. Ernst Blochs «Prinzip Hoffnung» etwa besetzt Heimat positiv, allerdings eine Heimat als etwas, «worin noch niemand war»¹¹. Bloch war ein scharfer Kritiker kleinbürgerlicher Wohnkulturen der «guten Stube». Das bedeutet auch, dass

diese Heimat etwas anderes sein muss als ein Raum der Bevorzugung von Eingewessenen gegenüber Neu-Zugezogenen, also gegenüber Menschen mit Migrationserfahrung. Damit angesprochen sind diskriminierende Züge durch Ausschlusskriterien der Wohnbaupolitik in Wien, vor allem gegen Neu-Zugezogene – damals wie heute. Die Zukunft des Erbes ist genauso umkämpft, wie es dessen Vergangenheit war.

Bloch konzipierte Utopie als *konkrete* Utopie: als ein Aufscheinen entstehender Möglichkeiten in historischen Konstellationen, nicht verträumt, sondern in Opposition zu analysierten realen Verhältnissen.¹² Eine solche Utopie ist heute etwa das bedingungslose Recht auf guten Wohnraum für alle. Dazu gehört auch das Konzept Freiheit, etwa in Form von Wahlfreiheit für alle. Das heißt, dass Menschen eine Auswahl haben, wo und wie sie wohnen, wie sie leben möchten: vielleicht ja gerade nicht in Kleinfamilienform oder auch nicht im Rahmen der modernistischen Trennung von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Das Rote Wien war also nicht nur aus familienpolitischer Perspektive eine «paternalistische Maschine»¹³, sondern auch im Sinn zentralistischen Top-down-Regierens, im stadtplanerischen und baulichen Bereich – bis in die kleinsten Belange. «Richtig» gewohnt wurde und wird bis heute demnach als Kleinfamilie. Auf diesen Typus von Nutzer*innen hin waren die Wohnungen optimiert, die kleinfamiliäre Organisationsstruktur sollte die bestmögliche Reproduktion des arbeitenden Mannes sicherstellen. Zwar hatte die Sozialdemokratie politisch das Konzept eines «Gemeinschaftsmenschen» im Sinn – aber es gab kaum Bestrebungen, durch entsprechende Wohntypologien zur Entwicklung kollektiver Wohn- und Lebensformen beizutragen. Die Top-down-Politik des Roten Wien bedeutete im Wohnungsbau ein im vollen Sinn abgeschlossenes Projekt: nämlich dass die Projekte schlüsselfertig übergeben wurden. Die 64.000 Wohnungen waren größtenteils nicht nur in Kleinfamilienformaten standardisiert, sondern wurden auch in einer Weise übergeben, die klar signalisierte: So wird gewohnt.

Unter den Selbst-Überschreitungen des Roten Wien (im Sinn von Fishers Selbst-Überschreitung) waren die fast proto-feministischen Ansätze, die darin liegen, dass in den Wohnungen des Roten Wien die Küchen nicht nach dem Raum-, Effizienz- und Arbeitsrationalisierungs-Modell der Frankfurter Küche geplant wurden, sondern als geräumige gemeinschaftliche Wohn-Küchen. Dadurch wurde gerade kein genderter, der Arbeit der Frauen zugeordneter Raum von der Nutzung durch Wohnen abgetrennt. Ein radikaleres

Modell, nämlich eine Wohnung ganz ohne private Küche zu planen und dafür das Wohnhaus mit einer großen Gemeinschaftsküche auszustatten (das «Einküchenhaus»), blieb allerdings nur eine Ausnahme im sozialdemokratischen Wohnbauprogramm. Das experimentelle Einküchenhaus geht vielmehr auf die bürgerlich-liberale Frauenbewegung zurück. Die Sozialdemokratie stand dieser Idee skeptisch gegenüber, weil sie auf die Kleinfamilien-Einheit als Modell-Lebensform der Arbeiter*innenklasse setzte und weil sich die Bewirtschaftung der gemeinsamen Zentralküche durch bezahlte (familienfremde) Angestellte nur eine begüterte Bewohner*innenschaft leisten konnte.

Konzepte der Eigeninitiative, deren Erbe anzutreten sich für die heutige Wohnbaudiskussion lohnt, finden sich eher in der Geschichte der Siedler*innenbewegung¹⁴ im Roten Wien. Ist das Rote Wien schon eine Alternative, welche die sozialdemokratische Hauptstadt gegenüber dem strukturkonservativ-autoritär geprägten (Um-)Land darstellt, so ist die Siedler*innenbewegung eine Alternative in der Alternative. Heute ist die Siedler*innenbewegung zu einer wichtigen Referenz für Recht-auf-Stadt-Initiativen geworden – einer Referenz für basisdemokratische Selbstorganisation, Eigenbau und Impulse im Wohnbau allgemein. Der Bauökonom und Architekturpublizist Klaus Novy

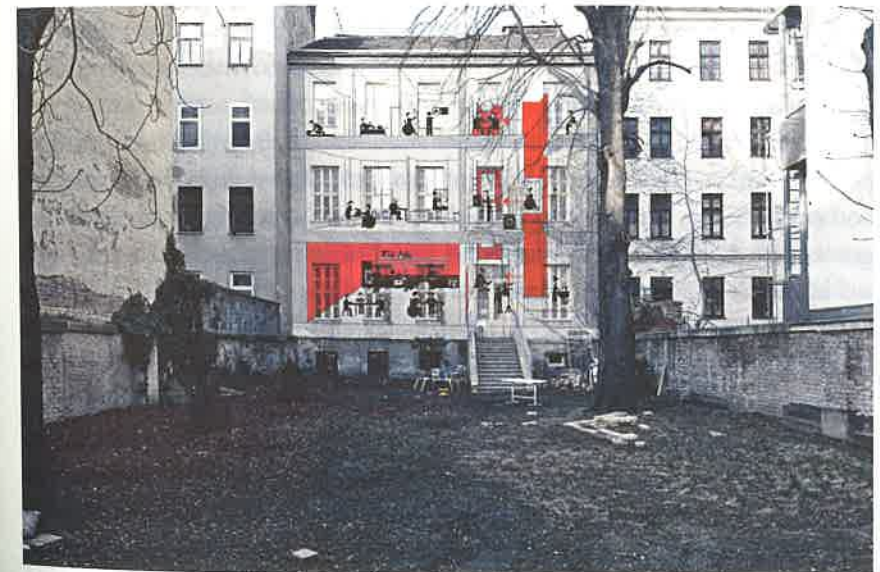


Abb. 4 Intersektionales Stadthaus Wien, Einküchenhaus kritisch geerbt. Umbau GABU Heindl Architektur.

nannte die Geschichte der Wiener Siedler*innenbewegung eine «vorenthaltene Geschichte» – nämlich die eines echten *poor peoples movement*. Erst indem über eine Geschichte wie jene der Siedler*innenbewegung geschrieben wird, entsteht die Möglichkeit, aus solchen verschütteten kollektiven Erfahrungen zu lernen.¹⁵

Ein architektonischer Beitrag zum institutionalisierten Wiener Siedlungswesen stammt von Margarete Schütte-Lihotzky. 1922 entwarf sie im Baubüro des Österreichischen Verbands für Siedlungs- und Kleingartenwesen Kernhäuser, die im Kleinstzustand als «Siedlerhütten» errichtet wurden und Schritt für Schritt im Selbstbau nach außen vergrößert werden konnten. Aufgegriffen wurde das Kernhaus-Konzept in den frühen 1930ern in Form des «wachsenden Hauses» von Martin Wagner und Vertreter*innen des «Neuen Bauens», aber auch in der 1932–1934 errichteten Wiener Stadtrandsiedlung Leopoldau, für deren «Kernhäuser» Aufschließung und Anbauten durch die Siedler*innen selbst geleistet wurden. Dieses Projekt war eine vor allem für Erwerbslose konzipierte «Selbstversorger»-Siedlung in Holz-Lehmbauweise. Richtiggehend formalisiert war solcher Selbstbau in den sogenannten «2.500-Stunden-Häusern». Die festgelegte Anzahl an Eigenleistungsstunden konnte teilweise anstelle von Startgeld eingebracht werden. Dieses Konzept kritisch zu beerben, dafür ist neben den auch heute noch recht aktuellen Eigenbau-Initiativen vor allem ein Detail relevant: Gearbeitet hat jede*r Einzelne immer an der gesamten Siedlung, an anderen Häusern, nie am eigenen Haus.

Im Erbe des Roten Wien steht aber vor allem der Begriff «Masse» zur Disposition und ermöglicht neue Positionierungen. Dieser Begriff ist so zentral und evident, dass er heute viel zu leicht übersehen wird. Kaum zur Kenntnis genommen wird nämlich der positive Akzent, der im sozialistischen Projekt auf Masse liegt. Masse ist heute meist negativ konnotiert und ein affirmativer Bezug auf Masse wird als Teil einer längst überwundenen Vergangenheit gesehen, einer verhängnisvollen Uniformierung von Gesellschaft. Fast automatisch werden Masse und Massenwohnbau assoziiert mit Nivellierung nach unten, minderer Qualität, Einheitsbrei oder auch mit etwas «Identitärem» an der Masse, als sei diese *ein* Block mit *einer* Stimme. Dass solche Assoziationen sich einstellen, ist aber selbst ein politisches Phänomen, nämlich die Auswirkung einer (neo)liberalen Definitionshegemonie: eines Schlechtredens, das (nicht nur in Wien) System hat – und in der Folge auch eines fast systematischen «Schlechtbauens», «Schlechter-Bauens für die Masse». So wird dieses

Urteil zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Es würde zu kurz greifen, den uniformierenden, disziplinierenden Aspekten des Kollektivismus im Roten Wien die Fallbeispiele für Partizipation und Eigentätigkeit innerhalb der Siedler*innenbewegung eins zu eins entgegenzusetzen, denn diese Alternativ-Praktiken hängen zu sehr am Maßstab des kleinen Häuschens für Einzelne. Historisch gesehen verläuft die Opposition nicht so sehr zwischen Rotem Wien und Siedler*innenbewegung, sondern das Rote Wien ist seinerseits Alternative – nicht nur zu kapitalisierten, bürgerlich regierten Formen von Gesellschaft und Wohnen, sondern auch Alternative zu radikal «sachlichen», undifferenzierten Formen des gestapelten Unterbringens von Massenbevölkerung.

Das Konzept der Masse und des Massenwohnbaus sollte daher keineswegs als Altbestand urbaner Architektur-Programme verkannt werden. Es gilt, Masse als Vielfalt, als Horizont eines nicht zählbaren Verschiedentlichen zu verstehen – und das Planen und Bauen auszurichten an regulativen Ideen von egalitärer Differenzierung und individueller Nicht-Identität, von Gleichheit und Freiheit in ihrer «unmöglichen», aber unverzichtbaren Verschränkung: eine Masse also, auf vielerlei Arten aufgeteilt. Sich an ihr zu orientieren, dafür könnte ein kurzes Motto lauten: «Luxus für alle durch massengeschneiderten Wohnbau»¹⁶. Der springende Punkt ist die Frage, wie radikaldemokratische Formen der Teilhabe, Eigeninitiative und Selbstorganisation in Hinblick auf so einen Wohnbau möglich sind, und zwar konzeptuell, schon in der Planungsphase. Dafür sollte nicht nur profit-orientierten Akteur*innen Zugang zu erschlossenem und bezahlbarem Grund und Boden ebenso wie zu nicht-genutzten Gebäuden offen sein.

Stadt ist in gewisser Hinsicht eine geteilte Erfahrung der Begrenztheit von Boden. Und weil Boden begrenzt ist, spitzt sich die Frage der Verteilung, zumal der Kampf gegen Monopolisierung, anhand dieser Ressource besonders zu. Das Thema Boden liegt für Stadtplanung und Klimaschutz ebenso nahe wie für eine postfundamentalistisch-politische Perspektive – als Frage nach Grund und Gründungen, als strittiges Problem, als nicht gesichertes Fundament. Generell ist Boden als Gemeingut, ob in Form von Allmende oder als öffentliches Gut, in der gegenwärtigen Finanzialisierung einem verstärkten Aneignungsdruck durch globales Kapital ausgesetzt. An dieser Aneignung sind allerdings staatliche, administrative, insbesondere bürokratische Akteur*innen maßgeblich mitbeteiligt. Privatisierungen sind ein Ergebnis von Politik und ihren Setzungen.

Dem ortsfesten Boden quasi gegenüber steht die dringliche Frage des Zusammenlebens von Bevölkerungen, die zunehmend nicht ortsgebunden leben (ob freiwillig oder unfreiwillig, wobei das natürlich einen großen Unterschied macht). Es geht um das Zusammenleben in Migrationsgesellschaften. Vieles spricht dafür, aus Derridas «Marx' Gespenster»-Studie – neben der Programmatik des Erbens – auch denjenigen Gedanken aufzugreifen, wonach wir eine proletarische Internationale heute als eine Internationale der «displaced persons» und «displaced people» begreifen sollten. Die Erfahrung, besitzlos, ausgebeutet, ohne (volle) politische Rechte und sozial ungesichert zu sein, ist etwas, das es abseits von nationalstaatlichen Identitätsrahmen zu verstehen gilt. Ein egalitärer Internationalismus, Transnationalismus, globaler Humanismus muss sich als Solidaritäts-Einrichtung bewähren im Kontext weltweiter Arbeitsmigration und Fluchtmigration.

Das ist in jedem Sinn nicht weit entfernt von Mitteleuropa. Städte sind generell Migrationsdestinationen. Die kapitalistische Aneignung und Monopolisierung von Grund und Boden, Landraub (*land grabbing*) im globalen Süden, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, ist ein eminenter Fluchtgrund, der Menschen unter anderem nach Europa bringt. Eine letzte konkrete Utopie ist also die Konzeption und praktische Einrichtung einer neuen, intersektionalen Solidarität, in der die soziale Frage verbunden ist mit postkolonialer Ressourcen- und Verteilungsgerechtigkeit sowie mit Klimagerechtigkeit im Rahmen einer globalisierten Ökonomie.

Anmerkungen

- 1 Derrida 1995, 36.
- 2 Dank an Amollo Ambole für den Hinweis und die Zusendung des Fotos.
- 3 Vgl. Heindl 2020.
- 4 Derrida 1995, 36.
- 5 Fisher 2014, 26.
- 6 Vgl. Terkessidis 2015.
- 7 Vgl. Czerny 1925.
- 8 Adler 1924, 109–110.
- 9 Zur Kritik der Ästhetik des Roten Wien siehe weiter: Heindl 2020, 60–61.
- 10 Tafuri 1985, 29.
- 11 Bloch 1985 [1959], 1628.

- 12 Ebd. 727.
- 13 Gruber 1991, 53.
- 14 Die Siedler*innenbewegung war eine Bewegung, in der sich Menschen in Wohnungsnot eigeninitiativ am Stadtrand von Wien Häuser bauten. Daraus entstand der Wiener Siedlungsbau; den anarchistischen Anfängen dieses Prozesses wurde jedoch nur wenig historiografische Aufmerksamkeit zuteil.
- 15 Vgl. Novy 1981.
- 16 Heindl / Robnik 2024, 29–30.

Literaturverzeichnis

- Adler 1924: Adler, M.: Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung, Berlin 1924.
- Bloch 1985 [1959]: Bloch, E.: Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main 1985.
- Czerny 1925: Czerny, J.: Der Wohnungsbolschewismus in Österreich, Baden 1925.
- Derrida 1995: Derrida, J.: Marx' Gespenster, Frankfurt am Main 1995.
- Fisher 2014: Fisher, M.: Ghosts of my Life: Writings on Depression, Hauntology and Lost Futures, Winchester 2014.
- Gruber 1991: Gruber, H.: Red Vienna: Experiment in Working-Class Culture, 1919–1934, New York / Oxford 1991.
- Heindl 2020: Heindl, G.: Stadtkonflikte: Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung, Wien / Berlin 2020.
- Heindl / Robnik 2024: Heindl, G. / Robnik, D.: Nonsolution: Zur Politik der aktiven Nichtlösung im Planen und Bauen, Hamburg 2024.
- Novy 1981: Novy, K.: Selbsthilfe als Reformbewegung. Der Kampf der Siedler nach dem Ersten Weltkrieg, in: ARCH+ (55) 1981, S. 26–40.
- Tafuri 1985: Tafuri, M.: Realismus und Architektur. Am Beispiel des «Roten Wien», in: Wiener Wohnbau Beispiele, Wien 1985.
- Terkessidis 2015: Terkessidis, M.: Kollaborationen, Frankfurt am Main 2015.

IDENTITÄT UND ERBE

Identität und kulturelles Erbe sowie dessen Aneignung oder Verwerfung spielen in den Wertedebatten der Gegenwart eine wichtige Rolle. Diesem Themenfeld, das von unsicheren Beziehungen, Ambiguitäten und Konflikten geprägt ist, widmen sich die Beiträge dieses Bandes. Interdisziplinäre kulturtheoretische Analysen richten ihr Augenmerk auf Bauwerke, historische Orte und andere, hauptsächlich dingliche Überlieferungen. Wer begreift sich als deren Erbe? Welche affirmativen Konzepte der Bildung von nationalen, sozialen und politischen Gruppierungen werden für die mit diesen Objekten verbundenen Geschichts- und Identitätspolitik mobilisiert? Wie können Kulturerbe-basierte Identitätskonstruktionen hinsichtlich ihrer inkludierenden und exkludierenden Wirkungsweisen analysiert und kritisch historisiert werden? In 18 Essays stellt der Band ausgewählte Positionen zum Thema vor.

Gabi Dolff-Bonekämper war Denkmalpflegerin in Berlin und Professorin für Denkmalpflege an der TU Berlin sowie Mitglied der Expertengruppe für das gemeinsame europäische Kulturerbe beim Europarat.

Wolfram Höhne, Autor und Filmemacher, arbeitet schwerpunktmäßig zu Themen der Kulturerbeforschung.

Hans-Rudolf Meier, Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, war Professor für Denkmalpflege und Baugeschichte und Direktor des Internationalen Heritage-Zentrums an der Bauhaus-Universität Weimar.

Stephanie Herold ist Professorin für Städtebauliche Denkmalpflege und Urbanes Kulturerbe an der TU Berlin.

Nikolai Roskamm ist Stadtforscher und Professor für Stadtbaugeschichte, Planungstheorie und Städtebau an der FH Erfurt.

Daniela Spiegel ist Professorin für Denkmalpflege und Baugeschichte an der Bauhaus-Universität Weimar.

SCHWABE VERLAG

www.schwabeverlag.de

ISBN 978-3-7574-0161-0



9 783757 401610